

Übersicht IFG Anträge 2019

Antragsgegenstand
Papier, welches dem Münchner Merkur vorliegt und in folgendem Artikel des Deutschlandfunks genannt wird: https://www.deutschlandfunk.de/muenchner-merkur-datenbank-soll-bei-suche-nach-hebammen.1939.de.html?drn:news_id=962455
bitte senden Sie mir Folgendes zu: das der "BILD" vorliegende Gutachten über den Nutzen der Kieferorthopädie.
bitte senden Sie mir Folgendes zu: Gutachten zur Wirkung kieferorthopädischer Behandlung, welches sie in Auftrag gegeben haben und über das gerade in den Medien berichtet wird
bitte senden Sie mir Folgendes zu: 1) Den Verteiler für die Printmedien 1a) Das/Ein Muster/die Druckvorlage für die Printmedien 2) Den Verteiler für die elektronischen Medien 3) Den Verteiler für die Soziale Medien 4) Die Kosten für die jeweiligen Medienkanäle
- eine Erläuterung über das Zustandekommen der teils wörtlich identischen Antworten auf folgende Anfragen: https://fragdenstaat.de/a/33682 https://fragdenstaat.de/a/33681 - Belege, aus denen das Vorgehen ersichtlich ist
Jens Spahn hat öffentlich geäußert, dass ein Versandverbot verschreibungspflichtiger Humanarzneimittel vor dem Europäischen Gerichtshof unwägbar ist. Nun wurde aber in der EU der Versand verschreibungspflichtiger Tierarzneimittel verboten. Desweiteren ist in der Mehrzahl der europäischen Länder der Versand verschreibungspflichtiger Humanarzneimittel verboten. Woher bezieht der Gesundheitsminister seine Einschätzung der Unwägbarkeit? Gibt es dazu Rechtsgutachten? Können diese Rechtsgutachten die von der ABDA veröffentlichten Gutachten der europarechtlichen Vereinbarkeit von Versandverbot und EU-Recht widerlegen? Wodurch wird belegt, dass eine Beschränkung sowohl der Boni als auch des Marktanteils eher wägbar ist? Gibt es dazu Rechtsgutachten?
geplante Änderung des § 94 SGB V, sprich das Einfügen eines § 94a SGB V. Aus diesem Grund bitte ich Sie unter Verweis u.a. auf das Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes (IFG) höflich um Zusendung der folgenden Unterlagen: - Jegliche Korrespondenz, Akten, Unterlagen und Vermerke des Bundesgesundheitsministeriums aus dem Jahr 2018 zur Planung, zu Entwürfen und zu Änderungen an dem § 94a SGB V. Insbesondere: - Sämtliche Referentenentwürfe aus Ihrem Hause zum § 94a - Sämtliche vorbereitenden Unterlagen, Verhandlungsleitlinien und Formulierungshilfen Ihres Hauses zur geplanten Änderung des § 94a. - Sämtliche BMG-interne Korrespondenz zum § 94a SGB V im Jahr 2018. - Mögliche Rechtsgutachten zum § 94a, die von Ihrem Hause in Auftrag gegeben worden sind

Antragsgegenstand
<ul style="list-style-type: none">- Etwaige Änderungsanträge einzelner Fraktionen zum § 94a SGB V- Unterlagen, die aufzeigen, auf wessen Initiative sich die Befassung ihres Hauses mit dem § 94a SGB V gründet
<ul style="list-style-type: none">- Informationen darüber, welche Organisationen/Verbände/Vereine/Unternehmen oder Personengruppen derzeit einen Sonderausweis für das BMG haben- Informationen darüber, wie viele Organisationen/Verbände/Vereine/Unternehmen oder Personengruppen derzeit einen Sonderausweis für das BMG haben- Informationen darüber, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, um einen Sonderausweis für das BMG zu bekommen- rechtliche Grundlage, die die Ausstellung von Sonder- und Dienstaussweisen für das BMF regelt
<p>Jegliche Korrespondenz, Akten, Unterlagen und Vermerke des BMG aus dem Jahr 2018 und 2019 zur Planung, zu Entwürfen und zu Änderungen des §129 SGB V bzw. des Rahmenvertrags über die Arzneimittelversorgung (Importquote). Insbesondere: Sämtliche Stellungnahmen aus Ihrem Hause zum §129 SGB V bzw. des Rahmenvertrags über die Arzneimittelversorgung (Importquote) Sämtliche vorbereitenden Unterlagen, Handlungsleitlinien und Formulierungshilfen Ihres Hauses zur geplanten Änderung des §129 SGB V bzw. des Rahmenvertrags über die Arzneimittelversorgung (Importquote). Sämtliche BMG-interne Korrespondenz zum §129 SGB V bzw. des Rahmenvertrags über die Arzneimittelversorgung (Importquote) in 2018 und 2019. Unterlagen, die aufzeigen, auf wessen Initiative sich die Befassung ihres Hauses mit dem § §129 SGB V bzw. des Rahmenvertrags über die Arzneimittelversorgung (Importquote) gründet. Sämtliche Korrespondenz des Ministeriums / des Ministers mit Vertretern der Firma Kohlpharma betreffs §129 SGB V bzw. des Rahmenvertrags über die Arzneimittelversorgung (Importquote)</p>
<p>bitte senden Sie mir Folgendes zu:</p> <ul style="list-style-type: none">1a) Wie viele Personen wurden im Jahr 2018 in der Abteilung Z – Zentralabteilung Europa und Internationales eingestellt?1b) Wie viele Tage dauerte der gesamte Personalauswahl und Einstellungsprozess in der Abteilung Z – Zentralabteilung Europa und Internationales im Jahr 2018 - von der Ausschreibung der Stelle bis zur Unterzeichnung des Arbeitsvertrags?2a) Wie viele Personen wurden im Jahr 2018 in der Abteilung G – Grundsatzfragen der Gesundheitspolitik; Telematik eingestellt?2b) Wie viele Tage dauerte der gesamte Personalauswahl und Einstellungsprozess in der Abteilung G – Grundsatzfragen der Gesundheitspolitik; Telematik im Jahr 2018 - von der Ausschreibung der Stelle bis zur Unterzeichnung des Arbeitsvertrags?3a) Wie viele Personen wurden im Jahr 2018 in der Abteilung 1 – Arzneimittel; Medizinprodukte; Biotechnologie eingestellt?3b) Wie viele Tage dauerte der gesamte Personalauswahl und Einstellungsprozess in der Abteilung 1 – Arzneimittel; Medizinprodukte; Biotechnologie im Jahr 2018 - von der Ausschreibung der Stelle bis zur Unterzeichnung des Arbeitsvertrags?4a) Wie viele Personen wurden im Jahr 2018 in der Abteilung 2 – Gesundheitsversorgung; Krankenversicherung eingestellt?4b) Wie viele Tage dauerte der gesamte Personalauswahl und Einstellungsprozess in der Abteilung 2 – Gesundheitsversorgung; Krankenversicherung im Jahr 2018 - von der Ausschreibung der Stelle bis zur Unterzeichnung des Arbeitsvertrags?5a) Wie viele Personen wurden im Jahr 2018 in der Abteilung 3 – Gesundheitsschutz; Krankheitsbekämpfung; Biomedizin eingestellt?5b) Wie viele Tage dauerte der gesamte Personalauswahl und Einstellungsprozess in der Abteilung 3 – Gesundheitsschutz; Krankheitsbekämpfung; Biomedizin im Jahr 2018 - von der Ausschreibung der Stelle bis zur Unterzeichnung des Arbeitsvertrags?

Antragsgegenstand
6a) Wie viele Personen wurden im Jahr 2018 in der Abteilung 4 – Pflegesicherung; Prävention eingestellt? 6b) Wie viele Tage dauerte der gesamte Personalauswahl und Einstellungsprozess in der Abteilung 4 – Pflegesicherung; Prävention im Jahr 2018 - von der Ausschreibung der Stelle bis zur Unterzeichnung des Arbeitsvertrags?
Pflegestärkungsgesetz (Änd § 60 SGB V – Krankentransport)
können Sie mir bitte die Anzahl der Vorhabenbeschreibungen nennen, die auf Grund dieser Ausschreibung: https://www.google.de/url?q=https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/B/Bekanntmachungen/2019-01-08_Bekanntmachung_Abgeleitete-Identitaet-Virtuelle_eGK-Konzeptionierung_aktual.pdf&sa=U&ved=2ahUKEwjAsd3ZwqXgAh-WHkCwKHfu4CrIQFjAEegQIAxAB&usq=AOvVaw3R4Sx0SgcV9gK9QLcAlz-G eingegangen sind. Wenn es Ihnen möglich sein sollte, bitte auch unter Nennung derjenigen die sie eingereicht haben
- Eckpunktepapier des Ministeriums zur Reform des Rettungsdienstes bzw. der Notfallversorgung, auf dem die Präsentation der Reformvorschläge vom 18.12.2018 fußt, siehe https://www.bundesgesundheitsministerium.de/notfallversorgung.html) und welches mehrfach in Fachmedien und Zeitungen zitiert wird: - https://www.skverlag.de/rettungsdienst/meldung/newsartikel/spahn-fordert-grundgesetzaenderung-fuer-den-rettungsdienst.html - https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/99918/Umfangreiche-Notdienstreform-mit-Grundgesetzaenderung-geplant - vollständige Aufstellung aller Verbände, Organisationen und Fachleute und anderer Dritter, die in die Ausarbeitung dieses Eckpunktepapiers einbezogen waren oder angehört wurden. - Zuständigkeiten und Beteiligungen im Ministerium (Abteilung/Referat) für die Ausarbeitung des Eckpunktepapiers und für die Vorbereitung des Referentenentwurfs bzw. des Gesetzentwurfs
Ausgaben des Ministeriums für Druckerpapier und Toner im Jahr 2018.
Eine Übersicht von allen Plakatkampagnen des BMG seit dem 01.01.2010 bis zum 31.01.2019. Ich bitte um Antwort in maschinenlesbarer Form(xls o.ä.)
Sämtliche vorliegenden Dokumente zur Nationalen Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten sowie zum Thema Zuckersteuer
Eine Auflistung aller dem Ministerium bekannten Studien zu den psychischen Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen.
Sämtliche Studien, Einschätzungen oder ähnliches, die sich mit den bereits erfolgten oder zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels im Aufgabenbereich Ihres Ministeriums beschäftigen.
Bitte senden Sie mir Folgendes zu: - sämtliche Unterlagen, die auch an die Redaktion des Tagesspiegels im Rahmen von deren IFG-Anfrage herausgegeben wurden. Insbesondere: - der Brief des Staatssekretärs Lutz Stroppe an das BfArM. - der interne Vermerk zu diesem Brief, in dem es heißt, dass dieser Brief als „Erlass gegenüber dem BfArM zu werten“. - der Prüfvorgang mit den erwähnten Varianten 1 bis 5. - der gelbe "Post-it-Zettel" des Ministers in den Akten vom 16. Juni 2018: „Da SPD nicht Änderung/Klarstellung will, bleibt aus meiner Sicht nur Option 2. Bitte vorbereiten“.

Antragsgegenstand
- die Mitteilung an das BfArM vom April 2018 mit dem Inhalt, mit SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles und dem damaligen CDU-Fraktionschef Volker Kauder sei bereits „vereinbart, eine Klarstellung im Betäubungsmittelgesetz zu erreichen (also Verbot der Abgabe von Betäubungsmitteln)“.
Sämtliche Dokumente, die Sie Herrn Jost Müller-Neuhof auf seine IFG-Anfrage(n) zur Sterbehilfe zugesandt haben, u.a. interne Vermerke, Briefe, Erlasse, interne Kommunikation und Beauftragung eines Gutachtens (https://www.tagesspiegel.de/politik/gesundheitsminister-ignoriert-urteil-jens-spahn-verhindert-sterbehilfe/24010180.html)
die Suizidraten / Suizidhäufigkeiten folgender Bevölkerungsgruppen in den Jahren 2008-2018: 1. Gesamtbevölkerung der BRD; 2. Menschen, welche einer prekärer Beschäftigung nachgehen; 3. Empfänger von Arbeitslosengeld I nach SGB III; 4. Empfänger von Arbeitslosengeld II nach SGB II; 5. Menschen mit einem Einkommen unter der Armutsgrenze.
bitte senden Sie mir Folgendes zu: Die aktuelle Ergänzende Geschäftsordnung des BMG (ErgGO zur GGO)
Das Bundesministerium hat 2018 ein Förderprogramm "Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung von Menschen mit Varianten der Geschlechtsentwicklung" angeboten. In 2019 wurde über Förderanträge entschieden. Unseres Wissens nach gehören zu dem begutachtenden Gremium, das über Förderanträge entschieden hat, Personen mit verschiedenen Hintergründen wie beispielsweise Wissenschaftler_innen (z. B. Geschlechterforschung, Rechtswissenschaft, Medizinethik), Ärzt_innen und transsexuelle Menschen. Teilen Sie uns doch bitte aus Gründen der Transparenz die Namen der Vertreter der Lobbyorganisationen, die im Begutachtungsgremium vertreten waren/sind, mit.
interne Kommunikation bzgl. der Berichterstattung von Zeit Online über die mangelnde Gleichberechtigung von Frauen* in deutschen Bundesministerien (https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-09/gleichberechtigung-frauen-diskriminierung-fuehrungspositionen-ministerien)
Aktenplan BMG 2019; Bitte um Mitteilung Stand vorhandener Aktenplan Internet BMG
Unterlagen in Zusammenhang mit der Petition 2-19-15-2002-012562
- Statistiken, die zeigen ob und wieviele sowie welche Komplikationen aus Impfungen grundsätzlich bzw. auch aus welchen Impfungen hervorgehen - Statistiken, die zeigen ob und wieviele Todesfälle im Zusammenhang mit bzw. aus welchen Impfungen hervorgehen Falls es keine Statistiken dazu gibt, weshalb werden diese nicht (mehr) geführt?
amtliche Informationen zum Antrag der Firma Panama Varietals GmbH, Fuchsgasse 2 in 4614 Marchtrenk Österreich zum Inverkehrbringen des Erzeugnisses "Casara von Coffey Arabica L in Tee, Getränken mit und ohne Kohlensäure und in Müdliriegeln". Soweit der Verwaltungsvorgang bei Ihnen abgeschlossen sein sollte bitte ich um Zusendung Ihrer Stellungnahme und ggfs. der Kommissionsentscheidung.
Vorsorgefonds der sozialen Pflegeversicherung gemäß §§ 131 bis 139 SGB XI. 1. Anlagerichtlinien und alle weiteren Dokumente, die für das oben genannte Vermögen Vorgaben für die Anlage der Gelder durch die Bundesbank machen, insbesondere die Anlagerichtlinien des Anlageausschusses gemäß § 5a VersRückIG i.V.m. § 134 II SGB XI, der für

Antragsgegenstand
den Vorsorgefonds der sozialen Pflegeversicherung nähere Vorgaben zu den für Investments in Frage kommenden Anlageklassen und Anlageformen enthält. 2. Weiter die Strategie-Dokumente, in denen die Bundesbank festhält, mit welcher Strategie die Vorgaben operativ umgesetzt werden. 3. Weitere Dokumente, die das Mandat, Arbeitsweise und die Zusammensetzung des Anlageausschusses gemäß § 5a VersRückIG beschreiben.
Alle relevanten Dokumente zur Influencer-Kampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) zum Thema „Echtzeit-Blog“ aus dem Jahr 2016 mit 14 Influencer/innen (LetsDenk, manniac, FloVloggt, darkviktory, Rayk Anders, Techtastisch, oobacht, tense-applewar, einfach inka, Sofia Martinez, snukieful, grasreh91, Anne Wünsche und MrWissen2go) Dokumente zur Konzeption und Vergabe, Verträge und sämtliche Vereinbarungen mit den beteiligten Influencer/innen und ggf. beteiligten Agenturen und Firmen sowie eine Aufstellung der Kosten.
Sämtliche interne und externe Kommunikation im Rahmen der Interministeriellen Arbeitsgruppe Anpassung (an den Klimawandel).
in apotheke adhoc wird Frau Drogenbeauftragte Mortler zitiert „Uns ist vollkommen klar, dass es Druck von Patienten gibt, denen von Lobbyisten eingeredet wird, das Cannabis immer die beste Medizin ist“, Bitte Übersenden Sie mir Belege über die Behauptung.
bitte senden Sie mir Folgendes zu: Ergebnisse von Studien, bezüglich des Gesundheitsrisikos, durch den Einsatz von Glyphosat in der Agrar- und Landwirtschaft
Dokumente bezogen auf das staatliche Glyphosat-Gutachten, die sowohl gesundheitsgefährdende, als auch unbedenkliche Aspekte enthalten.
1) Die Anzahl von Menschen die sich mit dem HI-Virus infiziert haben, durch Erhalt einer oder mehreren Blutkonserven / Blutpräparaten (auch Verdacht). 2) Die Anzahl von Menschen die sich mit Hepatitis infiziert haben, durch Erhalt einer oder mehreren Blutkonserven / Blutpräparaten (auch Verdacht). 3) Anzahl / Nachweis(e) von infizierten Menschen zu Punkt 1) und 2) die ein Blutprodukt eines homosexuellen Blutspenders erhalten haben (auch Verdacht). 4) Risikobewertung des BMG zur Zulassung der Blutspende von Homosexuell lebenden Menschen.
nach dem Informationsfreiheitsgesetz bitte ich um die Zusendung der Liste der Mitglieder der Kommission zum Verbot der Konversionstherapien (s. https://www.bundesgesundheitsministerium.de/presse/pressemitteilungen/2019/2-quartal/verbot-konversionstherapien.html).
Die CO2-Bilanzen (carbon footprint) Ihrer Behörde in den letzten zehn Kalenderjahren sowie die zugrundeliegenden Berechnungsmethoden.
ich beziehe mich auf den Artikel "Telematikinfrastruktur: Unsachgemäße Installation, keine fehlerhafte Technik" im Ärzteblatt vom 24. April 2019 sowie das Informationsblatt "Anschluss einer medizinischen Einrichtung" der Gesellschaft für Telematikanwendungen der Gesundheitskarte mbH (gematik). Im Ärzteblatt wird von Arztpraxen berichtet, deren IT-Sicherheit durch "unsachgemäßen Anschluss" an die Telematikinfrastruktur schwerwiegend kompromittiert wurde. Und zwar wurden im Rahmen des Anschlusses an die Telematikinfrastruktur in Form des im Informationsblatts beschriebenen "Parallelbetriebs" Praxiscomputer ungeschützt mit dem Internet verbunden. Der "Parallelbetrieb" gestattet keinen

Antragsgegenstand

Schutz der Praxiscomputer durch den Konnektor, was im Informationsblatt durch folgende Formulierung zum Ausdruck gebracht wird: "Ohne zusätzliche Sicherungsmaßnahmen haben alle Komponenten im LAN Zugriff aufeinander (somit auch eine potenzielle Schadsoftware auf einem der Geräte). Außerdem besteht kein Schutz vor Angriffen aus dem Internet. Zudem müssen alle Netzwerkkomponenten bei dieser Betriebsart unterschiedlich konfiguriert werden." Offenbar wurde genau diese Bedingung nicht erfüllt. Laut gematik handelt es sich bei den unsachgemäß angeschlossenen Arztpraxen lediglich um "Einzelfälle".

Mir stellen sich daher folgende Fragen, um deren Beantwortung ich Sie bitten möchte:

- Wieviele Arztpraxen sind aktuell an die Telematikinfrastruktur angeschlossen?
- Wieviele Arztpraxen sind in der Betriebsart "Reihenbetrieb" (siehe Definition gematik) angeschlossen?
- Wieviele Arztpraxen sind in der Betriebsart "Reihenbetrieb" werden zusätzlich mit Netztrennung (siehe Definition gematik) betrieben?
- Wieviele Arztpraxen sind in der Betriebsart "Parallelbetrieb" (siehe Definition gematik) angeschlossen?
- Wieviele Arztpraxen sind in der Betriebsart "Stand-alone-Szenario" (siehe Definition gematik) angeschlossen?
- Wieviele der Arztpraxen mit "Parallelbetrieb" verfügen über keine Hardware-Firewall?
- Wieviele der Arztpraxen mit "Parallelbetrieb" und vorhandener Hardware-Firewall haben diese korrekt konfiguriert?

Im Informationsblatt der gematik wird zudem eine Komponente "Secure Internet Service" erwähnt, die offenbar bei der Absicherung des Praxisnetzes sicheren Internetzugang bereitstellen soll. Hierzu habe ich folgende Fragen, um deren Beantwortung ich Sie ebenfalls bitte:

- Wer ist der Betreiber des "Secure Internet Service"?
- Können Sie mir die Spezifikation des "Secure Internet Service" zur Verfügung stellen?
- Wie ist es um den Ausbau des "Secure Internet Service" bestellt? Befindet sich dieser im Testbetrieb oder im Regelbetrieb? Ist der Ausbau so gestaltet, dass ausreichend Kapazität für den abgesicherten Betrieb aller Arztpraxen vorhanden ist, die diesen Service nutzen möchten?

das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) hat am 8. März 2019 seine Entscheidung zur Fortführung des Preismoratoriums und der gesetzlichen Herstellerabschläge nach § 130a Abs. 4 SGB V im Bundesanzeiger bekannt gegeben (BAnz AT 08. 03. 2019 B2 - Bekanntmachung vom 20. Februar 2019). Wir begehren Zugang zu den im BMG vorliegenden Informationen nach dem IFG, die der genannten Entscheidung vom 20. Februar 2019 zu Grunde lagen. Dies umfasst sämtliche den Verwaltungs- und Entscheidungsvorgang betreffenden Informationen, die dem Ministerium vorlagen. Dazu gehören alle amtlichen Informationen, die das BMG ggf. selbst in Form von Aktenvermerken, Leitungsvorlagen etc. erstellt hat.

Gesamter Vorgang zu Homöopathie als Satzungsleistung, Selektivverträge mit Homöopathen und die Apothekenpflicht von homöopathischen Mitteln seit 2010.

Der Antrag bezieht sich auch auf interne Korrespondenz und Analysen, inklusive Vorlagen für die Leitungsebene bis hin zum Bundesminister, ebenso wie die Korrespondenz mit Externen wie dem Gemeinsamen Bundesausschuss, ebenso wie Protokolle von Beratungen zu dem Thema auf bundesdeutscher oder Länder Ebene.

bitte senden Sie mir Folgendes zu:

bestätigte Impfschäden in Deutschland jährlich seit 2000

bitte senden Sie mir Folgendes zu:

Antragsgegenstand
bestätigte Impfschäden in Deutschland jährlich seit 2000. Sortiert nach, soweit die Datenlage vorliegt, der Schwere der Schädigungen und dem auslösendem Impfstoff(Auch nur grob)
sämtliche Aufzeichnungen im Zusammenhang mit dem "Gesetz für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung" aus dem Monat Dezember 2018 (Vorlagen, Protokolle, Notizen etc.).
bitte senden Sie mir Folgendes zu: Jeweils von den Jahren 2012 bis heute, welche Organe von Organspendern entnommen worden sind und die jeweilige Anzahl.
bitte senden Sie mir Folgendes zu: Die aktuellen hausinternen Anwendungshinweise zum Umgang mit Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG)
Sofern bereits vorhanden, ein Gutachten o. ä. über die Rechtmäßigkeit/Strafbarkeit von Besitz/Verkauf/Herstellung von THC-armen Cannabisprodukten und CBD-reichen Cannabisprodukten
Statistiken, die zeigen ob und wieviele Todesfälle im direkten Zusammenhang mit bzw. aus welchen Impfungen stehen bzw. die nachgewiesenermaßen daraus hervorgehen Ich habe eine ähnliche Anfrage vor 1,5 Monaten schon einmal geschickt, sie wurde von Ihnen nicht beantwortet, weder durch eine Eingangsbestätigung - zu der sie nicht verpflichtet sind, noch zu einer Begründung der Fristüberschreitung, zu der Sie jedoch verpflichtet sind - und was auch einer indirekten Empfangsbestätigung gleichkommt. Da ich wenig Hoffnung habe, dass Sie meine alte Anfrage beantworten, stelle ich nun präzisiert eine neue und erbitte mir auch von Ihnen sowohl eine Eingangsbestätigung (Laut einer anderen Anfrage senden Sie diese als Wunsch seit dem 8. April wieder), als auch eine fristgerechte Beantwortung oder wenigstens eine Begründung, falls Sie die gesetzlichen Vorgaben nicht einhalten können. Und ich weiß, dass es ein heikles Thema ist und dass das BMG auf der Website für eine Impfpflicht wirbt - aber ich will einfach eine Argumentation ausbauen, nach der sich eine Impfpflicht zwangsweise mit der Würde des Menschen auf lange Sicht hin nicht vereinbaren lässt, wenn Menschenleben gegeneinander abgewogen werden und durch eine (Masern-)Impfung auch nur eine einzige Person gestorben ist.
unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz fordere ich Einblick in interne Unterlagen des BMG, aus denen hervorgeht, welche Personen genau an der Erstellung des Referentenentwurfs für das Masernschutzgesetz https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/Gesetze_und_Verordnungen/GuV/M/Masernschutzgesetz-RefE.pdf beteiligt waren und zu welchen Behörden, Ministerien oder Firmen diese Personen gehören, welche Funktion sie dort ausüben und über welche Qualifikationen sie verfügen, um am Referentenentwurf mitwirken zu können. <u>Nachfrage 24.05.19:</u> Ich habe eine weiterführende Frage im Rahmen meiner IFG-Anfrage: Waren beteiligte Mitarbeiter dieser Abteilungen früher für pharmazeutische Unternehmen tätig? Falls ja, welche Mitarbeiter und bei welchen Unternehmen und für in welchem Zeitraum? Sind im Rahmen der Klärung von angegebenen Interessenkonflikten im Rahmen der Einstellung und Weiterbeschäftigung sonstige mögliche Interessenkonflikte bekannt?
bitte senden Sie mir Folgendes zu: Eine Auflistung, der im Jahr 2018 durchgeführten Fahrten der Fahrbereitschaft des Bundesministeriums für Gesundheit. Wenn möglich bitte wie folgt aufgeschlüsselt: - Anzahl der Fahrten insgesamt

Antragsgegenstand
<ul style="list-style-type: none">- Anzahl der Leerfahrten- Anzahl der Fahrten/Leerfahrten nach Fahrzeugtyp (Modellbezeichnung)- Anzahl der insgesamt zurückgelegten Kilometer (ggf. aufgeschlüsselt nach Normalfahrt/Leerfahrt und Fahrzeugmodell)- Durchschnittliche Auslastung der Sitzplatzkapazität der Fahrzeuge.
<p>Wie viel Prozent der Mitglieder der Bundesregierung und des Deutschen Bundestags sind zur Spende ihrer eigenen Organe bereit und werden bei der von Gesundheitsminister Spahn favorisierten Widerspruchslösung für sich selbst keinen Widerspruch einlegen? Die Prozentzahl kann in einer anonymen Befragungsaktion rasch und ohne größeren Aufwand erhoben werden und sollte in die aktuelle Debatte der verschiedenen Gesetzesentwürfe auch mit eingehen.</p>
<p>Ergänzend zu meiner weiter bestehenden Bitte um Auskunft stelle ich nunmehr einen Antrag gem. IFG Bund bezüglich sämtlicher Dokumente, die im Nachgang zur Verhandlung (mündliche Verhandlung vor dem BVerfG zu § 217 StGB) vor dem BVerfG und mit Bezug auf das benannte Verfahren im BMG angefallen sind bzw. vorliegen, inkl. E-Mails und sonstige Vermerke etc.</p>
<p>bitte senden Sie mir Folgendes zu: Die aktuellen Zahlen zur Anzahl rein privatärztlich betriebener Arztpraxen in Deutschland, sowie die Entwicklung dieser Zahlen in den letzten 10 Jahren.</p>
<p>bitte senden Sie mir Folgendes zu: Sämtliche Unterlagen Ihres Hauses, die sich auf den Krankheitserreger Candida Auris (Unterlagen zu Auftreten, Gefährlichkeit, Studien, etc.) beziehen.</p>
<p>bitte senden Sie mir Folgendes zu: Detaillierte Informationen und Auskünfte zu folgender Aussage von Marlene Mortler im ARD-Alpha Forum: "Sie meinen jetzt diesen Jugendrichter Müller? Das möchte ich jetzt gar nicht weiter vertiefen. Ich habe auch noch mit einem anderen Gesprächspartner der kürzlich in einer Sendung mit ihm diskutiert hat im Nachhinein gesprochen der gesagt hat "Marlene, so ganz hab ich den Herrn Müller trotzdem nicht verstanden(") und ich glaube da ist noch mehr im Spiel.(") Ich möchte nicht deutlicher werden (...)" https://youtu.be/QXp5PTo1MQA (Aussage auf die ich mich beziehe ab 20:10; gesamtes Interview abrufbar unter obigem Link auf YouTube). Insbesondere bitte ich um Auskunft zu allen Umständen dieser Aussage, Herkunft dieser Information und Inhalt sowie Zeitpunkt, Ort und Dauer dieses Gespräches und alle bekannten Informationen zu diesem Gesprächspartner (auch, aber nicht ausschließlich, in welcher Sendung er wann mit Herrn Müller diskutiert hat). In Anbetracht der Tatsache dass diese Aussage nun schon einige Zeit her ist: Konnte Frau Mortler oder Ihr Ministerium denn nähere/neue Erkenntnisse zu den Vermutungen von Frau Mortler Recherchieren/gewinnen? Ich bitte um Übermittlung aller Erkenntnisse und Informationen (ob neu oder alt) bezüglich dieser Vermutung. Wenn ja: wie lauten diese? Auch diesbezüglich bitte ich um umfangreiche Ausunft und Übermittlung aller vorhandenen Daten diesbezüglich.</p>
<p>Statistiken und Berichte zu Drogentoten, Krankenhausaufenthalte, von einem Gericht verurteilte Menschen, Suchtkranken und Anzahl derer Menschen, die sich in psychiatrischer Behandlung befinden, wegen folgender Drogen: Alkohol, Nikotin, Cannabis mit einem hohen THC Anteil, Cannabis mit einem hohen CBD Anteil, LSD, LSA, vermeintlich giftige Pilze zbsp. Fliegenpilz, Pilze mit Psilocibinanteil, Ecstasy, Kokain, Heroin, Morphinum, Klebstoffe, Methamphetamine, Energy-Drinks, Koffein in Kaffee, "Legal Highs", "Speed", "Crack", Fentanyl, Opium, Pharmazeutika, Ritalin, Ayahuasca, E-Zigaretten und "Modedrogen". Wurde/wird Mischkonsum oder Reinkonsum (oder "unbekannt") praktiziert? Welche "Mischkombinationen" sind/waren es? Wie lange wird/wurde (schon) konsumiert? Welche Arten der Tode</p>

Antragsgegenstand
kommen am häufigsten vor? Kategorien wie: Überdosis, Suizid unter Drogeneinfluss, tödlicher Unfall auf einem privatem/öffentlichem Grundstück, tödlicher Unfall im Straßenverkehr, Dehydrierung, Überhitzung, Krebs, Herzinfarkt, Schlaganfall, Schlafmangel, Ausfall von Organen, Kältetot im Winter und/oder andere. Wie alt sind diese geworden? Wie wird am häufigsten nach/während gerichtlichen Verfahren geurteilt? Freiheitsentzug, Geldstrafe, Freispruch, gemeinnützige Arbeit? Gibt/Gab es Kombinationen aus den Strafen? Welche? Wie oft? Wie viele Einmaltäter und wie viele Wiederholungstäter gibt es? Wie sieht die Aufteilung zwischen Frau, Mann und divers aus? Wie viele Drogenkonsumenten gibt es (unterteilt nach den jeweiligen Drogen)?
Zahlen in Form von einer Statistik oder eines Berichts zu Konfiskationen von Drogen in Gefängnisse und Drogenentzugseinrichtungen. Wie viel, oft und welche Drogen wurden konfisziert?
unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz bitte ich um Akteneinsicht, welche Fachkreise und Verbände bezüglich des geplanten Masernschutzgesetzes angehört werden. Ich bitte um eine vollständige Auflistung.
bitte senden Sie mir Folgendes zu: Ausgaben des Bundesministeriums für Toilettenpapier im Jahr 2018. Falls die Ausgaben so explizit nicht erfasst werden, nennen Sie mir bitte die Ausgaben der Kategorie, unter der dies gefasst wird.
Wie genau werden die Beiträge zur Krankenversicherung verteilt auf Leistungen für ambulante, bzw. stationäre Behandlung und wieviel Prozent behalten die Krankenkassen für ihren eigenen Verwaltungsapparat? Wie war die Verteilung z.B. 2018? Welche rechtlichen Grundlagen gibt es für den Rückhalt von Beitragsüberschüssen?
bitte senden Sie mir Folgendes zu: Die geltende GOÄ datiert in wesentlichen Teilen immer noch aus dem Jahre 1982, der letztmaligen umfassenden Reform; wobei das damals neu gefasste Gebührenverzeichnis auf der Ersatzkassen-Gebührenordnung – E-Adgo – von 1978 basiert. Dies bedeutet, dass von den insgesamt 37 Abschnitten des Leistungsverzeichnisses der geltenden GOÄ seit 1982 bzw. 1978 26 Kapitel nicht mehr grundlegend aktualisiert worden sind. Die restlichen 11 Kapitel des Verzeichnisses sind mit der Vierten Änderungsverordnung vom 18. Dezember 1995 neu gefasst worden: Sie sind inzwischen weit mehr als 20 Jahre alt. Der Fortschritt der Medizin der letzten 3 Jahrzehnte ist somit nicht systematisch in die GOÄ einbezogen worden. Bitte senden Sie mir die in Verhandlung befindlichen neuen GOÄ-Ziffern und deren Berechnungsgrundlage zu.
bitte senden Sie mir Folgendes zu: Wieviel Geld der Krankenkassen wird monatlich ausgegeben für abgelehnte Asylbewerber.
bitte senden Sie mir Folgendes zu: Vor einiger Zeit habe ich in einem Artikel gelesen, wie sich in England die medizinische Forschung finanziert. Dort hieß es: Ca 70 % der medizinischen Forschungsgelder kämen aus der Pharmaindustrie, weitere ca 15 % aus dem "Ausland" nicht näher bezeichnet und etwa 10 % aus staatlichen Mitteln. Für die Forschung in der Komplementär-Medizin würden dort ca 0,085 % der Gesamtsumme investiert. Meine eigenen Recherchen, wie sich diese Zahlen in Deutschland darstellen waren nicht erfolgreich. Meine Frage: Wie stellen sich die Verhältnisse der Investitionen zur medizinischen Forschung in Deutschland dar, besonders auch im Hinblick auf den Anteil im komplementär-medizinischen Bereich?
Titandioxid soll ab 2020 deklarationspflichtig werden. Welche Erkenntnisse gibt es zur gesundheitsschädlichen Wirkung von Titandioxid (Mikropartikel und Nanopartikel)? Titandioxid ist ein gängiger Hilfsstoff der Tablettenherstellung, wird also von vielen Menschen täglich eingenommen. Wird es hier gesetzliche Einschränkungen in der Verwendung geben?

Antragsgegenstand
bitte senden Sie mir Folgendes zu: die Anzahl an Todesfällen der letzten 10 Jahre, die durch Alkohol im Vergleich zu Cannabis, MDMA, LSD, Psilocybin und Ketamin verursacht wurden.
bitte senden Sie mir Folgendes zu: Die von mir in einem Pflegeheim betreute Person bekam Valsartan 160 mg verordnet. Dieses Medikament ist nach Mitteilung der liefernden Apotheke seit Monaten nicht lieferbar. Als Ausweichprodukt wurde Diovan 160 mg abgegeben, die Mehrkosten von € 49,66 der Patientin berechnet. Diese Belastung ist im Rahmen der vom Sozialamt zugeordneten Barbetrags für den eigenen Bedarf des täglichen Lebens (Fußpflege etc.) für die betreute Person nicht tragbar. Ich Bitte um Hinweise, wie in einem solchen Fall zu verfahren ist.
welche Kosten sind in den letzten Jahren bundesweit für die strafrechtliche Verfolgung von Cannabiskonsum entstanden? Bitte berücksichtigen Sie sämtliche Kosten (z.B. Polizeieinsätze, Gerichtskosten, Gefängniskosten usw.) und sowohl die Verfolgung von Konsumenten als auch die von Händlern. Bitte aufschlüsseln für die einzelnen Jahre.
Die Presse berichtet von zwei durch Ihre Behörde vorgestellten Gutachten, welche ein geplantes Verbot von Konversionstherapien bei Homosexuellen stützen sollen. [Quelle: Tagesschau: Verbot von Pseudotherapien. Homosexualität ist keine Krankheit, vom 11.06.2019, https://www.tagesschau.de/inland/spahn-therapien-homosexuelle-101.html , zuletzt abgerufen am 12.06.2019.] Ich beantrage Zugang zu den besagten Gutachten.
Die Anzahl an ausgestellten Rezeptbögen in Deutschland für: - Verschreibungspflichtige Medikamente - Privatrezepte welche eine Unterschrift eines Arztes benötigen.
Ich suche für eine Facharbeit Statistiken zu folgenden Themen: - Religionszugehörigkeit in Deutschland nach Altersgruppen, - Anteil der Suizidopfer die zum Zeitpunkt in psychologischer Betreuung waren, - Anteil der Suizidopfer die auf einen Termin beim Psychologen gewartet haben, - Anteil der Suizidopfer die nie psychologische Betreuung erhalten haben, - Suizidraten nach Altersgruppen Ich habe die respektiven Anfragen bereits an die Ärztekammer, die Kirchen, das BKA, die KVB, das Innenministerium, das Justizministerium und das statistische Bundesamt geschickt und habe zu keiner meiner Anfragen Daten erhalten, sondern wurde immer nur an eine der oben genannten Stellen oder an Sie verwiesen.
Mit welchem Recht erhalten die Beamten, die in die GKV wechseln, in Hamburg Extra Steuergeld bzw. Beitragsgeld vom GKV-Versicherterkreis, wenn all die freiwillig in der GKV Verbliebenen leer ausgehen? Ist das nicht eine grobe Ungerechtigkeit, auch im Hinblick darauf, dass die Bemessungsgrenze immer höher angelegt wird?
bitte senden Sie mir Folgendes zu: - Verfahrens- und Handlungsanweisungen für den Umgang, den Abschluss und die Durchführung von Auftragsverarbeitungsverträgen. - Auslegungshinweise zu Art. 4 Nr. 8, 28 DSGVO, § 78, 80 SGB X - Muster zur Auftragsverarbeitung -- Verfahrens- und Handlungsanweisungen für den Umgang, den Abschluss und die Durchführung gemeinsamer Verantwortung nach Art. 26 DSGVO - Auslegungshinweise zu Art. 26 DSGVO - Muster zur Vereinbarung und Information nach Art. 26 DSGVO
hiermit bitte ich auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes um Zugang zu den bisher (also bis 13. Juni 2019) eingegangenen Stellungnahmen, incl. der Stellungnahmen von Fachverbänden, zum Referenten-Entwurf des geplanten Masernschutzgesetzes.

Antragsgegenstand
<p>Herr Spahn teilte zum Sinn der Neuregelung mit, dass das Hauptproblem bei der Organspende ist nicht die Spendenbereitschaft. Ein entscheidender Schlüssel liegt vielmehr bei den Kliniken. Ihnen fehlen häufig Zeit und Geld, um mögliche Organspender zu identifizieren. Da setzen wir jetzt ganz konkret an. Meine Frage: Wie viele potentielle Organspender konnten in Deutschland wegen des beschriebenen Mangels nicht identifiziert werden und für welchen Zeitraum liegen Zahlen dazu vor?</p>
<p>bitte senden Sie mir Folgendes zu: Der Auftrag der gesetzlichen Krankenversicherung ist im Sozialgesetzbuch V beschrieben. Aufgrund der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung in Verbindung mit der Finanzierung hat der Gesetzgeber den Krankenkassen die Möglichkeit eingeräumt, ihre Leistungen bei Beitragsrückständen einzuschränken.</p> <ol style="list-style-type: none">1. Wie weit darf diese Einschränkung gehen?2. Ist eine Kündigung (vollständiger Entzug von Leistungen) entgegen der Versicherungspflicht aufgrund von Beitragsrückständen möglich?3. Welche anderen Gründe sind für eine Ausnahme von der Versicherungspflicht außer den im Gesetz genannten möglich?
<p>Bitte teilen Sie mir gemäß IFG mit, ob zu dem Gesundheits-Check-Up auch eine für den Patienten kostenlose Leukozyten-Zählung gehört. Als ich meinen Hausarzt um die Laborwerte bat, erhielt ich nur eine Liste mit fünf Werten (CHOL, GLUCGRAU, HDL, LDL, TG). Früher war aber immer die ganze Seite voll. War das früher verschwenderischer Unfug? Oder warum muss man die Werte nun offenbar auf eigene Rechnung ermitteln lassen? Oder besteht einfach nur keine Pflicht auf Bekanntgabe der Werte gegenüber dem Patienten?</p>
<p>bitte senden Sie mir Folgendes zu: Ergebnisse der Nutzerbefragung zur Beratung der UPD und Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Fraktion Die Grünen sowie jährliche Gesamtanzahl der Anfragen an die UPD, differenziert nach Bevölkerungsgruppen, seit der Gründung bis Juni 2019</p>
<p>bitte senden Sie mir Folgendes zu: Ich beschäftige mich aktuell mit dem Thema kombinierte Suchterkrankungen, in erster Linie interessiert mich die Konstellation Tabak/Alkohol. Konkret: gibt es empirische (verbindliche) Erhebungen (gerne auch Statistiken) ob alkoholranke Menschen in Relation zur Gesamtbevölkerung, häufiger Raucher sind. Wie verhält es sich mit den Langzeitfolgen-/Schäden, bzw. der Lebenserwartung. Eine Differenzierung nach Männern und Frauen wäre ebenfalls hilfreich. Den TAAB sowie den Drogen- und Suchtbericht kenne ich bereits, hilft mir jedoch leider nicht weiter. Für eine kurzfristige Beantwortung danke ich Ihnen schon jetzt.</p>
<p>bitte senden Sie mir Folgendes zu: Die Ätiologie von Ticstörungen, also die häufigsten Ursachen für Ticstörungen in Deutschland, sollten Sie Informationen diesbezüglich haben</p>
<p>bitte senden Sie mir Folgendes zu: Nachweislich werden Ärzte als Leistungserbringer von den Krankenkassen massiv beeinflusst. Zum Einen wird über die sogenannte "Kodierungsberatung" der Arzt zum Mittäter beim Wunsch der Krankenkassen, sich am Risikostrukturausgleich zu bedienen. Außerdem besteht eine regelrechte "Angst" vor den Krankenkassen bzw. dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen, was dazu führt, dass wider besseres Wissen keine Behandlung erfolgt oder/und Arbeitsunfähigkeit nicht attestiert wird. Weiterhin werden Maßnahmen der Krankenkassen ohne Einhaltung gesetzlicher Verpflichtungen z.B. nach §24 SGB X, §48 SGB X durchgeführt.</p>

Antragsgegenstand
Welche Maßnahmen plant der Gesetzgeber gegen diese rechtswidrigen Handlungen zu Lasten der Versicherten bzw. der Versichertengemeinschaft?
bitte senden Sie mir Folgendes zu: Als Leistungsbezieher der og. öffentlich-rechtlichen Stiftung, interessiere ich mich für die Jahresberichte der Stiftung und Sitzungsprotokolle der jährlichen Stiftungsratssitzungen der letzten 5 Jahre.
Kopien Ihrer Unterlagen, Stellungnahmen, Fachgutachten oder sonstige Ausarbeitungen, die im Zusammenhang mit der Petition 2 18-15-8201-018316 und Petition 2 18-15-8201-018316a an den Deutschen Bundestag vorliegen
bitte senden Sie mir Folgendes zu: Die Prüfungsfragen der 3-jährigen Notfallsanitäterausbildung aus den Jahren 2017 und 2018.
im Frühjahr 2017 hat das Bundesverwaltungsgericht geurteilt, dass schwerkranken Menschen unter bestimmten Voraussetzungen der Zugang zu einem tödlichen Medikament nicht verweigert werden dürfe. Mit Bezug auf das Informationsfreiheitsgesetz bitte ich Sie mir die Unterlagen (Schriftverkehr, Erlasse, Entwürfen zu Erlassen etc.) ab dem 3.3.2017 zu dieser Angelegenheit, sowie die Korrespondenz zwischen dem BMG und dem BfArM bis zum 16. Juli zukommen zu lassen.
bezugnehmend auf die Mündliche Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht in Sachen "§217 StGB (geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung)" vom 1.6., 17. April 2019, begehre ich Akteneinsicht in die Mitschriften der anwesenden Vertreter des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG), welche Teil der Regierungsdelegation unter Leitung des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) gewesen sind.
<ol style="list-style-type: none">1. Wie viel hat das BMG und die untergeordneten Behörden im Jahr 2018 für externe Beratung ausgegeben - und bitte auch aufschlüsseln nach einzelnen Verträgen?2. Welche Unternehmen haben das BMG und die untergeordneten Behörden beraten?3. In welchen Bereichen haben die Unternehmen das BMG und die untergeordneten Behörden beraten?4. Bei welchen Projekten haben die Unternehmen das BMG und die untergeordneten Behörden beraten?5. In welchem Zeitrahmen haben die Unternehmen das BMG und die untergeordneten Behörden beraten?6. Hat das BMG und die untergeordneten Behörden bestimmte Bereiche an die Unternehmen outgesourced?7. Wenn ja, welche waren das und wie lange war das Unternehmen damit befasst?8. Sind die Projekte, bei denen externe Beratung eingeholt wurde, mittlerweile finalisiert?9. Gibt es Mechanismen der Qualitätskontrolle, mit denen das BMG und die untergeordneten Behörden den Erfolg der Beratung nachhält?10. Gibt es entsprechende Berichte über die Tätigkeit/die Wirksamkeit der Berater im BMG?
bitte senden Sie mir Folgendes zu: Nachfolgend beziehe ich mich auf das Dokument DSB2018-10-05, das ich unter folgendem Link abgerufen habe: https://www.drogenbeauftragte.de/fileadmin/dateien-dba/Drogenbeauftragte/Drogen_und_Suchtbericht/flipbook/DuS_2018/index.html Auf Seite 87 (Anlage 36 und 37) ist den der Grafik der Regelmäßige Konsum von Jugendlichen/ Erwachsenen aufgeführt. In Anlage 38 ist nur "klinisch relevanter Konsum" aufgeführt. Gerne hätte ich von Ihnen die Daten für "klinisch relevanter Konsum" von Cannabis bei Jugendlichen im Alter von 12-17 Jahren und jungen Erwachsenen im Alter von 18-25 Jahren. Des Weiteren die Zahl der regelmäßigen Konsumenten von Erwachsenen im Alter von 18-59. Außerdem beziehen Sie sich auf zwei unterschiedliche Dokumente in den

Antragsgegenstand
Abbindungen, daher fordere ich von Ihnen ein Dokument an, welches den Konsum von Cannabis bei deutschen Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Erwachsenen prozentual oder zahlen technisch erfasst (gerne so wie in dem oben genannten Dokument unter Abbildung 36, 37 und 38).
am 27. November 1990 trat die deutsch-sowjetische Gemischte Kommission gemäß Artikel 25 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (Aufenthalts- und Abzugsvertrages) vom 12. Oktober 1990 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Auf deutscher Seite wurde Botschafter Dr. Bertele zum Vorsitzenden der Gemischten Kommission bestimmt, auf sowjetischer Seite der Oberkommandierende der Westgruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland. Zur Umsetzung des Vertrages wurden für die verschiedenen Bereiche insgesamt zwölf Arbeitsgruppen gebildet. Vor diesem Hintergrund erbitte ich die nachfolgenden amtlichen Informationen: Welche Dokumente oder aktenkundigen Informationen liegen dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über diese Gemeinsame Kommission und seiner zwölf Arbeitsgruppen vor?
Diskussionsentwurf des BMG Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Notfallversorgung in der Fassung vom 12.07.2019 (oder neuere Fassung, sofern vorliegend)
Welche Dokumente (Referentenentwürfe, Gutachten, Stellungnahmen etc.) liegen dem Bundesministerium für Gesundheit über eine Rechtsverordnung über Schwimm- und Badebeckenwasser vor?
Ich wiederhole meinen Antrag auf Einsicht in den Arbeitsentwurf für ein Gesetz zur Reform der Notfallversorgung nach § 7 IFG. Das Bundesministerium für Gesundheit schreibt auf der Webseite von einem Entwurf, der an die Länder übersandt wurde. Konkret steht dort: „Um die Versorgung im Notfall zu verbessern, hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn einen Arbeitsentwurf für ein Gesetz zur Reform der Notfallversorgung an die Länder verschickt. In einem intensiven Dialog mit den Ländern soll der Entwurf weiterentwickelt werden.“ Dieser Entwurf hat hohe Resonanz in der Presse erfahren. Er hat zu entsprechenden Stellungnahmen der Länder und verschiedener Verbände geführt. Privatrechtlich organisierte Verbände haben diesen Entwurf ebenfalls erhalten.
Welche deutschsprachigen Berichte liegen dem Bundesministerium für Gesundheit über das internationale Forschungsprojekt über den Zusammenhang zwischen Schwimmen in gechlortem Beckenwasser und einer Zunahme des Risikos für Blasenkrebs (Ergebnis im IV. Quartal 2014) vor?
Welche deutschsprachigen Studien liegen dem Bundesministerium für Gesundheit über eine Zunahme des gentoxischen Potenzials im Urin in Abhängigkeit von der Dauer des Schwimmens vor?
bitte senden Sie mir Folgendes zu: GKV - Prüfhandbuch Outsourcing und Datenschutz der Prüfdienste des Bundes und der Länder in der aktuellsten Version. Die Versionen bis 2015 wurden regelmäßig veröffentlicht. Danach wurde die Veröffentlichung ohne Begründung eingestellt.
Welche Dokumente oder aktenkundigen Informationen liegen dem Bundesministerium für Gesundheit über die Weiterentwicklung des Gesundheitswesens auf Ebene der Europäischen Union Union, insbesondere die Bekämpfung der weitverbreiteten Krankheiten, vor? Der Zeitraum der erfragten Unterlagen umfasst die Jahre 2016 bis 2019.
Kopien Ihrer Unterlagen, Stellungnahmen, Fachgutachten oder sonstige Ausarbeitungen, die im Zusammenhang mit der Petition 2 19-15-8271-016029 („GKV-Leistungen krankheitsbedingte Mehrbedarfe SGB V“) an den Deutschen Bundestag vorliegen

Antragsgegenstand

Rückfrage Verlag Tolzin (Boehm) 20.08.19:

Stellungnahmen verschiedener Bundesländer fehlen, z. B. Baden-Württemberg. Sind weitere Stellungnahmen eingegangen? Wurde die Nationale Impfkonzferenz, deren Aufgabe ist, den Impfgedanken zu fördern, aufgefordert, Stellung zu nehmen? Gab es zum Kabinettsentwurf, beschlossen im Bundeskabinett am 17.07.2019, ebenfalls eine Anhörungsrunde, bzw. Stellungnahmen von Fachverbänden, Ressorts und Bundesländern? Wenn ja, bitte ich Sie um Zusendung der Stellungnahmen.

bitte senden Sie mir Folgendes zu: die Anpassungen des

I. Durchschnittsbeitrages II. Höchstbeitrages der gesetzlichen Krankenkassen in € (DM-Werte bitte umrechnen) und % zu für die Zeiträume I. historisch seit Bestehen der gesetzlichen Krankenkassen* II. seit der Wiedervereinigung III. der letzten 10 Jahre *in der Bundesrepublik, bitte kein Werte für Kaiserreich, drittes Reich

Definition Durchschnittsbeitrag: Der Beitrag, der im Durchschnitt von jedem GKV Versicherten entrichtet wurde inkl. der Beiträge die Dritte für Versicherte entrichtet haben (z.B. Agentur für Arbeit für ALG II Empfänger)

Höchstbeitrag: Der Beitrag durch den Beitragssatz und die Bemessungsgrenze KV maximal entrichtet wurde. Für Jahre mit unterschiedlichen Kassensätzen oder Zusatzbeiträgen bitte die nach Mitgliederzahl der Kassen gewichteten durchschnittlichen Beitragssätze bzw. Zusatzbeiträge heranziehen.

ich beantrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz des Bundes Einsicht in den Geschäftsanteilsvertrag vom 15. Mai 2019, geschlossen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium, und der gematik Gesellschaft für Telematikanwendungen der Gesundheitskarte mbH, Friedrichstraße 136, 10117 Berlin, HRB 96351 B, Amtsgericht Berlin-Charlottenburg.